

# Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ für Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Nr. 260.

Dresden, Dienstag den 9. November 1897.

8. Jahrgang.

## Politische Übersicht.

Dresden, 8. November.

### Zollberat und Reichstag.

Um nicht mißtrauisch genug sein der reaktionären deutschen Regierung gegenüber. Sie ist ebenso mohlos in ihren Wünschen und Verlebungen, wie sinnlos in der Wahl ihrer Mittel — es kann eine Dummheit, die sie nicht breit genug wäre zu nennen. Unter solchen Verhältnissen können Dinge, die sonst in Haus nichts aufzähliges an sich haben, eine ganz ungeahnte Bedeutung erlangen — umgekehrt vielleicht sogar von denjenigen, welche an der Macht am meisten beteiligt sind. Wir haben, als wir die Wände aufsuchten, einen formellen „Zollberat“ der Regierung, einen Ausdruck zur Vorberatung der Handelsverträge zu schaffen, darauf verwiesen, daß in der Art, wie diese Gründung verfehlt wird, sie eingehmähnen als ein Konkurrenzunternehmen zum Reichstag erscheint. Es erüthert uns nicht unmöglich, daß besonders im Falle eines Staatsantrags, wenn die Regierung mit dem Reichstag bricht, sie sich zu diesem Zollberat als eine Art Not-Parlament zurückzieht. Nun ist dieser Zollberat konstituiert, und da ist es höchst wollend, wie ihn die „Hamb. Nachr.“, welche diese Gründung in großer Genauigkeit erfüllt, schon jetzt in ideale Konkurrenz zum Reichstag stellt. Unsere Zeit — so leitet das „Mord-Blatt“ seine Betrachtungen ein — sei durch das Vorbringen der materiellen Interessen gekennzeichnet. Aber es ist nicht die Gefahr verknüpft, daß eine unter der jüdisch-reaktionären Demokratisierung des öffentlichen Lebens zu immer stärkerer Macht gelangende vielgestaltige Demagogie sich der sozialistischen Interessengenossen bemächtigt und sie in einer Gebeine des Gesamtwohls schwer gehinderten Weise ausnutzt. Dieses Gedanken ist nur möglich, wenn die bisparataten zwischen sich unter dem ihnen gleichmäßig zu teil werdenden Staat vertragen. Es ist aber, wie sich die Dinge einmal entwickelt haben, kaum Aussicht dazu, daß ein solches Abkommen auf dem dafür gegebenen Boden, in Parlamente, sobald erreicht werden würde. Die in jahrelangen Wahl- und Preßkämpfen nie zur Ruhe gekommenen Leidenschaften sind nur zu geneigt, sich in den von der öffentlichen Leibhabe des Reichstags zum Fenster hinaus gehaltenen Händen immer schlimmer zu erhöhen. Da ist es ein glücklicher Zufall, diejenigen Fragen, welche die wirtschaftlichen Gegenstände schärfsten zum Bewußtsein zu bringen und sie zu verschärfen mögen sind, in einem kompetenten Auschluß von beschränkter Mitgliederzahl unter Ausschluß der Oeffentlichkeit vorbereitet zu lassen, bevor sie in den parlamentarischen Sitzungen zum Auszug gelangen.

Doch ja der Reichstag seine Kommissionen hat, die ja aus einer „beschränkten Mitgliederzahl“ bestehen und, wenn sie, die Oeffentlichkeit ausschließen können, ignoriert das Blatt kommen. Es ist auch gar nicht die „beschränkte Zahl“ der Mitglieder, worauf es ankommt, es ist vielmehr der Umstand, daß die Mitglieder der Reichstagskommissionen nicht nur selbst im Grund des allgemeinen, gleichen Wahlrechts gewählte Volksvertreter sind, sondern in sich die Zusammensetzung des Reichstags überwiegt, hat man doch auch die Sozialdemokratie in den Kommissionen zulassen müssen, während der jetzt zusammengetauchte Zollberat eine reine und ausgesprochene Vertretung der gehobenen und herrschenden Klassen ist: der Großindustrie, des Großhandels und des Großgrundbesitzes, also von der „Demokratie“ auch nicht den geringsten Anhauch aufzuweisen hat. In Ausgabe des Zollberates soll sein, die Verhandlungen des Reichstags vorzubereiten — das war bis jetzt fies die Aufgabe des Reichstagskommissionen — wie aber nun, wenn der Reichstag anders entscheidet, als der Zollberat, wenn der Reichstag sich auf die Regierung stellt, der Zollberat auf Seite der Regierung? Zuviel man zweifellos, wie es jetzt schon die „Hamb. Nachr.“ in den Zollberat als „Sachverständigen“ gegen den Reichstag politisch auspielen. Nun ist es ja völlig ausgeschlossen, daß die Ausbeuter-Herrschaft in der großen Oeffentlichkeit je gegen den Reichstag, solange das allgemeine gleiche Wahlrecht besteht, die Bedeutung gewinnen können — aber nicht ausgeschlossen ist, daß die Regierung im Falle eines Konfliktes mit dem Reichstag diesem Zollberat — freilich, so lange es eben geht — Beauftragt, die verhängnismäßig dem Reichstag zustehen. Es wären wir, nach einem Menschenalter deutscher Einheit, wieder fähig in jenen Zustand der turbulenten Einheit zurückzutreten, in dem sich Deutschland unter dem Zollparlament stand.

Doch es ein Wahnsinn wäre, eine derartige Rückentwicklung des deutschen Parlamentarismus zu vertreten, unterliegt keinem Zweifel. Aber gerade derartige Handlungen sind ja unter dem heutigen Kurs wahrcheinlicher, als ein vernünftiges, ehrwürdiges Vorgehen. Wie brauchen diesen Übertritt nicht zu fürchten, aber es müssen mit ihm rechnen, um desto besser dieses Tollhaus-Schicksal für unsere Freude auszunützen zu können.

Was den Zollberat selbst betrifft, so ist zunächst die Frage, in ihm eine „Einigung“ der wirtschaftlichen Interessen zwischen einer utopischen Schwarmerei. Die handelspolitischen Interessen zwischen Agrarier und Industriellen resp. auf beiden Seiten werden dadurch nicht überdeckt, daß Herr von Bunde der Landwirte und Herr Freiherr von der Berliner Kaufmannschaft einander Rote gegen gegenüberstehen. Außerdem müssen die „Hamb. Nachr.“ zugeben, daß in der Oeffentlichkeit der Zollberat schon am Anfang sehr argwohnisch betrachtet wird: erstmals sind in die einzelnen Bundesländer sehr ungleichmäßig verteilt, zweitens ist er nur eine Vertretung des Großbetriebes in Industrie, Handel und Landwirtschaft, der Mittelstand, das Gewerbe ist gänzlich unberücksichtigt geblieben, als ob er gar nicht existiere, drittens sind in ihm die Konsumanten, das

louende Publikum, die Volksmassen, welche die Zölle zu bezahlen haben, gar nicht vertreten. Lieber wird er in der großen Oeffentlichkeit nicht werden. Aber es ist durchaus notwendig, ein wachstames Auge auf ihn zu behalten.

Es wird sich auch sicher eine Gelegenheit finden, im Reichstag diese Dinge näher klarzulegen.

Eine verdeckte Prämie für die Zuckerfabrikanten. Es wird mitgeteilt, daß das preußische Ministerium der öffentlichen Arbeiten auf Antrag des Vereins der deutschen Zuckerindustrie sich entschlossen habe, eine Herabsetzung der Frachten für Zucker alle Art zur Ausfuhr anzubauen. Eine Verbilligung der Fracht ist uns ja an und für sich willkommen. Aber eine Verbilligung der Fracht für einen besonderen Artikel, der nicht weniger Transportkosten verursacht, als viele andere Waren, ist eine Verzögerung dieser Industriebranche aus Kosten der anderen, die noch wie vor dem höheren Tarif zu bezahlen haben. Und das ist bei der Ermäßigung der Zuckerfracht der Fall. Es ist noch zu berücksichtigen, daß die Zollermäßigung nur jene den zur Ausfuhr ins Ausland bestimmten Zucker geplant wird. Das zeigt klar, um was es sich handelt: um eine verdeckte Ausfuhrprämie, deren Zweck ist, die amerikanische Zollerhöhung zu verdecken. Nun bewundere man dieses zollpolitische Spiel: Man schafft zunächst in Deutschland Ausfuhrprämien, welche das deutsche Volk zu bezahlen hat; davonhin schaffen die Amerikaner ihrerseits Differentialzölle, um die deutschen Ausfuhrprämien zu durchbrechen; statt aber die Ausfuhrprämien zu beseitigen, dadurch sich einen billigeren Zoll in Amerika zu schaffen und dem deutschen Volk die Steuerlast zu erleichtern, verfährt die deutsche Regierung in der Weise, daß sie die Brüder in verschiedener Form erhöht, was ichtlich ebenfalls das deutsche Volk zu bezahlen hat. Und wenn die Amerikaner sich nichts einreden lassen und die Ermäßigung der Frachtkosten als das aussäßen, was sie ist, eine verdeckte Ausfuhrprämie, und dementsprechend ihren Zoll hinaufzutragen, was dann? Dann ist ebenso gut wie gar nichts gelöst, aber die Ausfuhrprämie und die unverhältnismäßig billige Fracht bleiben bestehen. Um aber die Ausfuhrprämie zusammenzubringen, werden Verbrauchssteuern ausgezeichnet, und damit die Staatsseisenbahnen, die den Zucker unter den Selbstkosten transportieren, diesen Aufschlag erhalten können, wird das Arbeitervorpersonal zu knapp gehalten und schlecht entlohnt! Dies alles wegen weniger Dutzend millionenreicher Zuckermagnaten!

Der Reichstag wird, wie jetzt offiziell gemeldet wird, Ende November einberufen. Bei seinem Zusammentreffen sollen ihm sofort die Marinevorlage und die Militärstrafprozeßordnung vorgelegt werden.

Neue Justizgelehrte. Nach der „Nordb. Allg. Rtg.“ sind dem Bundesrat die Entwürfe eines Gesetzes, betreffend Änderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung, sowie eines Gesetzes, betreffend Änderungen der Strafprozeßordnung, zur Beschlussfassung zugegangen. — Handelt es sich bei den beiden erstgenannten Gesetzen nur um die Entzähligung unschuldig Verurteilter oder um eine Wiederaufnahme der gesamten Justiznovelle aus der vorigen Session?

Der Polenfonds, d. h. der Anleihekredit zum Auskaufen der Polen aus ihren Besitzungen in Polen und Westpreußen soll, wie die „National-Rtg.“ erzählt, in der nächsten Session des preußischen Landtages um 100 Millionen Mark erhöht werden. Auch die erste Kreditbewilligung von 1886 lautete bekanntlich auf 100 Millionen Mark, wovon bis zum 1. April 1896 69 Millionen Mark verbraucht waren. — In der Form ist diese Kreditbewilligung verfassungswidrig; denn es wird hier ein Anleihekredit auf eine Reihe von Jahren hinaus bewilligt, während die preußische Verfassung vorschreibt, daß alle Einnahmen und Ausgaben des Staates jährlich auf den Etat gebracht werden müssen. Im August gibt es nichts Widerstimmigeres als diesen Polenfonds. Das sollte die preußische Regierung doch aus der Erfahrung gelernt haben.

Der Verbrecher Schröder, der vor etwa Jahresfrist vom deutschen Gerichtshofe in Dorpat-Salaam wegen einer Reihe von Grausamkeiten, die er an Eingeborenen verübte, zu mehrjähriger Buchthausstrafe verurteilt wurde, ist mit dem aus Ostafrika in Hamburg angekommenen Reichspostdampfer „Bundestal“ dort eingetroffen. Er wurde von zwei Feldwebeln der Schutztruppe transportiert und dürfte jetzt in Berlin eingetroffen sein.

Der Sozialismus im Heere. Das Expeditionspersonal des „Vorwärts“ in Berlin war am Freitag auf dem Polizeipräsidium versammelt, um in einer die Agitation unter der Armee betreffenden Sache vernommen zu werden. Es war dem Militärförmando genehmigt worden, daß in der Garnison zu Neustadt ein Exemplar des „Vorwärts“ in größter Zahl verbreitet werden. Die Ermittlungen richteten sich nun dahin, ob seitens der Expedition die Aufzehrung der Nummern veranlaßt sei. Die Untersuchung hatte selbstverständlich ein negatives Ergebnis.

Ahlwardt hat bekanntlich in Höhe und auch nach seiner Rückkehr in Berlin behauptet, daß die bösen Gewebe, von ihm „Judenfluten“ genannt, nunmehr waggonweise nach dem Hörder Verein wanderten und dort eingeschmolzen würden. Wie der „Frank. Rtg.“ aus Höhe mitgeteilt wird, ist diese Mitteilung Ahlwardts völlig aus der Lust gegriffen.

Der bestrafte Denunziant. Der Schriftsteller Borries

hatte die 6. gehaltene „Südwest“ über seinen Mann mit 1000 Mark belohnt und bei weiteren 1000 Mark Belohnung nach Rücksicht gewährt. Denunzianten müssen bis spätestens 1/2 Uhr früh in der Expedition abgeben sein und im Sonnenschein abholen.

**Expedition:**  
Gerbergasse Nr. 1.  
Telegraph: 100000 8.  
Telephon: West L. Nr. 1786.

Eröffnet täglich von 8 bis 18 Uhr.

Ein Dichter auf den andern gern spielt,

Ging hin und denunzierte sein Gedicht,

Nicht wissend, daß den Deuber in Apoll.

Man nicht beim Staatsanwalt verklagen soll,

Der Gott der Dichter nahm den Tropf beim Ohr

Und zog die Rute hinterm Spiegel vor:

„Mein Bürtchen, sprich, was sollt denn dir nur ein?

Lichtbringer willst du und — Antidämonier sein?

Sie braver Herr, das widergespricht sich sehr,

Deum reich mir mal den Allesverloren her

Und sei zufrieden mit dem blauen Fleck!

Ich bin die Sonne. Denunziant ist Fred.“

In ähnlichster, meist sehr scharfer Weise wird die Denunziation verurteilt von W. Herz, Paul Heyse, Hofmann, Arno Holz, v. Hofmannsthal, R. Hamm, Lüttichow, von Ringg, v. Potenz, v. Reder, Gabriel Reuter („unehrenhaft und abwertend“), Peter Rosegger, Prinz Schönrich-Carolath, Spielberg, B. v. Suttner usw. usw. Ernst Fréde v. Wolzogen schreibt:

„Von den Herren Denunzianten dürfen 50 Proz. Lumben, 40 Proz. Dummköpfe und höchstens 10 Proz. ehrliche Leute sein, die wirklich eine Gefahr vom Vaterlande oder von Ehre, Leben und Eigentum abgewandt vermeiden. Wer aber einen Künstler seines Werkes wegen der Polizei ausliest, scheint mir ein Lump und Dummkopf im Quadrat zu sein, ganz sicher aber ein Kerl, der von der Kunst keinen Dank hat. Kennt der Denunziant sich gar selber einen Künstler, wie im vorliegenden Falle, dann hat er sich die Berichtung aller redlichen Kollegen für alle Zeit verdient und sich selber alle künstlerischen Ehrenrechte überkannt.“

Bierbaum und Meier-Grafe schließen diese Veröffentlichung der Antworten mit der Bemerkung:

„Diese Neuhebungen, die unsere Vorauflösung bestätigen, basieren auf literarische Angelegenheiten durchweg auf schärfste gemäßigt wird, haben wir nichts hinzuzufügen, als umhören verbindlichsten Dank für die deutlichen Antworten, die sicherlich auf Zeuge vom Schlage des Göttinger Denunzianten abschließend wirken werden.“

Die konseriativen, antisemitischen und nationalliberalen Zeitungsredakteure, die es sich hauptsächlich zur Aufgabe machen, die sozialdemokratischen Zeitungen, Neuerungen sozialdemokratischer Redner und sozialdemokratische Schriften zu denunzieren, mögen sich diese Antworten einrahmen lassen und sie über ihrem Schreibtische anbringen.

Ein furchtlicher Attentat hatte ein Berliner Blatt am Freitag in Berlin entdeckt. Ein General, Ramens v. Bülow, sollte am Freitag begraben werden. An die Meldung von dem Leichenbegängnis knüpfte ein Sensationsblatt folgende Standardschreibe:

„Diese Neuhebungen, die unsere Vorauflösung bestätigen, basieren auf literarische Angelegenheiten durchweg auf schärfste gemäßigt wird, haben wir nichts hinzuzufügen, als umhören verbindlichsten Dank für die deutlichen Antworten, die sicherlich auf Zeuge vom Schlage des Göttinger Denunzianten abschließend wirken werden.“

Die zur Leichenparade gehörende, unter dem Kommando des Mittelmeers v. Dyke befindliche konsolidierte Eskadron des 2. Garde-Dragoner-Regiments war in der Kolonialstraße aufmarschiert. Vor der zweihundertigen Front hielten die zuführenden Offiziere. An der Ecke der Schleswigshöker Straße hielt einer der Befehlshaber ein vierzehntiger Reiter auf, der sich bereits unter Dach befand, aber noch bis oben hin mit Gerüten umgeben war. Auf dem davor befindlichen Trottoir stand ein zehnjähriges Publikum. Das Kaiserpaar war eben an den Dragonern vorbeigegangen und hatte kaum den Reiter betreten, als von dem Bereich des Reiters aus, von dem die Männer und Arbeiter dem militärischen Schauspiel zusahen, ein Stein über das Publikum und die Dragoner hinwegslog und den Schlankeleutnant Prinzen v. Schönrich-Carolath in den Rücken traf. Die Pferde des Offiziers und der hinter ihm stehenden Dragoner baumten auf, ohne daß ein Schaden angerichtet wurde. Prinzen Schönrich meldete den Vorfall sofort seinem Minister, der ihn augenblicklich bei dem die Trauertag paradierten Generalen v. Saarjus zur Abreise brachte. Dieser ließ den Schleswiger Polizeiinspektor Saalz rufen und legte ihm von dem Geschehen in Kenntnis. Als bald eilten zahlreiche Polizeibeamte auf den Reiters und holten sämtliche Arbeiter von den Gerüten herunter, die den Polizeibeamten befreit hielten. Es wurden folglich Verhöre ange stellt, die bisher keinen Erfolg gehabt haben.“

Da war also vielleicht der erste Anlauf zu einem vollständlichen Konsens gefunden, und verhandlungsbereit verzog sich ein Bismarckblatt bereits zu der Gemeinschaft, daß der Bürgersteine sehr passend bei der Fundamentierung des Tempels für die Märkte gesunken werden könnte, dem unsere städtischen Bewohner so sympathisch gegenüberstehen!"

Leider ist das Sensationsblatt, das den Meute den Bissen hingeworfen, bereits Sonnabend abend genügt gewesen, seine Wirkung durch folgende Notiz einzuschränken:

"Zu dem Vorfall am Zwölftausend-Markt am Schönborg, wo bei dem Begründet des Gesetzes v. Bildow an der Ecke der Kolonnaden und Dorotheenstraße ein Stein in die zur Posttempelstraße gehörende Seite-Zugangs-Schwablon gelegt, wird uns gemeldet, daß die Polizei zu der Überzeugung gekommen ist, daß es sich nicht um einen sogenannten Wurf handelt, sondern daß entweder von dem auf dem Posttempel-Stellplatz, Monaten und Arbeitern, oder von dem sonst und mit der Berechtigung zugesetzten Personen jemand verdeckt den Stein hinzulegt, der dann auf einer Rückseite oder dem Schwablon abprallte und so den Weg auf die Straße fand. Einwohner bemerkten über die Person, welche an dem Posttempel stand, was wird sich nicht ermitteln lassen, da die Verantwortlichkeit unter den auf dem Posttempel-Stellplatz befindlichen Personen politisch nicht festgestellt werden ist."

Die Bismarckischen und Stuttgarter Organe sind also wieder einmal um den erschrocken letzten Bissen gekommen!

Bei der Stadtverordnetenwahl der dritten Wahlkasse in Spandau wurden 1065 Stimmen für den Ordnungsbund und 720 sozialdemokratische Stimmen abgegeben.

## Nachrichten aus dem Auslande.

Die österreichische Regierung und der ungarische Ausgleich. Im österreichischen Budgetauschuss führte am Sonnabend der Finanzminister Dr. von Blumau aus:

"Die Regierung habe von dem Augenblick ihres Amtsantrittes an es als eine Hauptaufgabe betrachtet, den ungarischen Ausgleich zu Stande zu bringen. In zahlreichen Punkten habe die österreichische Regierung Zugeständnisse von Ungarn erlangt, allerdings gegen Voraussetzungen. Österreich habe besonders wichtige Erfolge erzielt in der Konfession, namentlich bezüglich des 30 Millionen-Gulden und der staatlichen Verstaatlichung, schwer bezüglich des Zoll- und Handelsverbundes. Der Ausgleich hätte eher zu Ende geführt werden können, wenn nicht eine Differenz bezüglich der Quoten ungeschlüssig geblieben wäre. Die Regierung habe jetzt an dem Standpunkt festgehalten, daß die ungarische Quote erhöht werden müsse. Es wäre unmöglich gewesen, mit dem Ausgleich rechtzeitig fertig zu werden, wenn man erst nach der Währung der Kronenfrage an die übrigen Ausgleichsgegenstände herangetreten wäre. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen bleibt nur das Prinzip, welches diese Maßnahmen habe. Es geht jetzt nur zwei Wege: entweder man belasse es dem Status quo oder man erneutere den Ausgleich nicht. Im letzteren Falle müsse zwischen der Quote einerseits und der Zoll- und Handelsfrage und dem Zoll- und Handelsverbund andererseits unterscheiden werden. Neben die Quote könne der Kaiser, wenn die beiden Abgeordneten Parlamente sich nicht einigen, entscheiden. Die weiteren Voraussetzungen für die Entscheidung der Quote durch den Kaiser könnten also vorhabe angenommen werden. Anders steht es mit den oben genannten übrigen Fragen. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die Währungsverhältnisse unbedingt gemeinsame bleiben müssten; daß gleiche gelte bezüglich des Zoll- und Handelsverbundes, denn es im Jahre 1891 geschlossenen Handelsverträge, die bis 1903 dauern, jüngsten an der Generalversammlung des Handelsverbundes. Vor dem Jahre 1903 könne kein auswärtiger Staat gegangen werden, mit Dingen zu rechnen, die er bei dem Abschluß der Verträge durchaus aufgeschlossen wolle. Eine Erörterung von Zollfrachten zwischen Österreich und Ungarn sei daher absolut ungültig, darum sei das Prinzip etwas Unerlässliches, es sei eine eindringliche Staatsnotwendigkeit, daß man einen definitiven Ausgleich nicht haben könne. Der Minister fügte sodann wortlos: „Als altes Mitglied des Hauses würde ich liebhaft bedauern, wenn die parlamentarischen Verhältnisse die Regierung zwangen sollten, das Prinzip anders als auf parlamentarischen Wege in Kraft treten zu lassen, und es gäbe Verhältnisse, die materiell stärker sind als alle Formen. Zwingen Sie die Regierung nicht – ich meine nicht die Regierung des Grafen Valér, sondern die Regierung überhaupt – daß die Frage von so eminenter Wichtigkeit noch Paragraph 14 geregelt werde. Nicht als Minister, als Ihr Kollege, muß ich Sie im vitalen Interesse des Parlamentarismus drängen zu richten, die Regierung darum zu treiben. Ich werde nicht müde werden, und bei der zweiten Runde immer wieder zu betonen, wie schwerer Schlag es für das Parlament wäre, wenn Sie die Regierung keinen anderen Ausweg liefern als den, das Prinzip nach § 14 zu machen.“

Staatliche Mobilienversicherung im Kanton Zürich. Zwei Tage lang, am Dienstag und Mittwoch, wurde im Zürcher Kantonsrat wieder einmal die alte abgetriebene Schindmühle des Manufakturums getummelt. Es handelte sich um die Generaldebatte über die Gesetzesvorlage betr. die obligatorische staatliche Mobilienversicherung, die zu der seit bald 100 Jahren im Kanton Zürich bestehenden und zur allgemeinen Zufriedenheit funktionierenden Gebäudeversicherung hinzukommen soll. Mit dem Erfolge dieser Staatseinrichtung widerlegte auch der demokratische Kommissionsexponent Schönenberger den manufakturischen Einwand, daß der Staat ein schlechter Geschäftsmann sei. Er wies sodann darauf hin, daß die kantonalen Mobilienversicherungen allein 252 000 Franken per Jahr für ihre Agentur und außerdem noch 156 000 Franken für die Verwaltung aufwenden müsse, welche Kosten dem Staat export blieben. Es fallen bei der staatlichen Versicherung zu Gunsten des Publikums alle Gebühren weg, die Versicherung ist unlösbar, keinerlei Verlustausleitung geführt dem Versicherten die Auszahlung der Entschädigung, was alles wertvolle Vorteile der staatlichen Versicherung sind. Permanent ist alles im Kanton versichert und das ist eine Errungenschaft. Der liberal-konservative Dr. Ulrich führte eine Reihe sozialpolitischer Anträge an, die alle wichtiger und dringlicher seien, als die staatliche Mobilienversicherung. Der Mann ist Direktor der Zürcher Lebensversicherung und muß als solcher selbstverständlich die Interessen der privaten Versicherungsgesellschaften gegen die staatliche Konkurrenz vertreten. Was er also dagegen sagte, ist ein taktischer Kniff sehr ehrwürdigen Alters und der darum nicht verfälscht. Die Herren sind die besten Freunde des Volkes, aber sie wollen immer etwas anderes, als das gerade Vorliegende. Der widerwärtige Gedankenkapelle Wissmann warf den Vorlage Stunke vor und meinte, daß Tausende die Prämie nicht bezahlen würden. Den Plänen führte Genosse Greulich sehr gründlich ab. Man redet immer von den kleinen Sünden, die dem Staat nichts kosten, meinte er, aber man drückt das christliche Auge zu gegenüber den großen Sünden, die durch Vermögens- und Ertragsverheimlichung den Staat um Millionen betrügen. Der demokratische Universitätsprofessor Dr. Bücher trat energisch gegen das Manufakturum auf und bezeichnete auch das Prämienvolumen der Aktiengesellschaften als Humbug. Mit 116 gegen 58 Stimmen wurde beschlossen, in die Beratung der Vorlage einzutreten.

Die Unfallversicherung der Arbeiter im dänischen Vorland. Am Rosenmontag, den 8. November, wird gemeldet: Auch der heutigen im Landtag stattgefahrene zweiten Beratung des Gesetzesvorschlages über die Unfallversicherung für Arbeiter in geistlichen Gewerben wird die Durchführung des Gesetzes für sicher gehalten. Mehrere Berichte, die Weiterberatung der Vorlage zu verhindern, scheiterten.

Gieg der Sozialdemokraten in London. Bei den künstlichen Wahlen in London drohten die Sozialdemokraten acht Kandidaten durch, vier davon in Westham, zwei in Southend.

Der englische Import hat nach den offiziellen Ausweise des Handelsamtes während der letzten zehn Monate um beinahe

18 Millionen zugenommen und der Export um 8 Millionen abgenommen.

Die ewigen Friedensverhandlungen. Konstantinopel, 7. November. In der vorgezogenen Sitzung der Friedensunterhändler verlangten die griechischen Delegierten neuerdings Ausklärungen über die Einzelheiten der im Artikel III vorgelegten Änderungen des Kapitulationsvertrages. In der morgen stattfindenden Sitzung erfolgt die Paraphierung der erledigten Artikel.

Aus Athen den 7. November wird gemeldet: Nach hier vorliegenden Privataufzeichnungen sollen die Türken die nach Traktat zurückhaltenden thessalischen Reisenden gefangen legen; es sei dies mit 200 Reisenden geschehen. – Die belgianische "Provin" erklärte, wenn das Kabinett die Frage der Wahl eines Präsidenten als eine politische behandelt, ist sein Sturz unvermeidlich. Die Mehrzahl der Minister ist geneigt, der Kammer freie Wahl zu lassen, um keinen Vorwand zu einer Krise zu geben.

Amnestie auf Kuba und den Philippinen. Madrid, 7. Nov. Der Ministerrat genehmigte eine Amnestie für politische Vergehen auf Kuba und den Philippinen.

## Partei-Augelegenheiten.

Von dem belgischen Genossen Arnemont, der auf dem Hammoner Parteitag angekündigt war, hatten die bürgerlichen Wähler berichtet, daß er schwer nerzenkrank oder gar gesundlos sei und sich bereits in einer Arrestzelle befände. Dies ist nicht richtig. Arnemont schreibt, wie mit dem "Vooruit" entnommen, aus Brüssel an einen Freund, daß er sich auf Anraten des Arztes lediglich vier Wochen auf Ruhe begeben habe und nach seiner Rückkehr wieder Vorträge halten werde.

## Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Achtung, Metallarbeiter! Die Lage der Auszubildenden der Nahmaschinen- und Fahrzeughafte von S. Glöwer A.G. ist gleich unverändert. Dieselben stehen mit wenigen Ausnahmen seit zur Seite und hoffen, wenn der Zugang auswärtiger Metallarbeiter unterbleibt, auf einen günstigen Aufgang ihres Streiks. Genauso bitten wir, allen Nachrichten bürgerlicher Blätter, welche über den Ausstand berichten, Glauben nicht beizumessen, da wir die Kollegen nach wie vor auf dem Bautenden halten werden.

Die Ortsverwaltung Stettin

des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Franz Gossow, Schlesienstraße 9.

Der Seemann" heißt ein neues Arbeiterblatt, das als Organ des Seemannsvereins unter der Redaktion und im Beilage des Vorwärts dieses Vereins. A. Störmer in Hamburg, erscheint. Wir wünschen dem neuen Mitarbeiter für die Arbeiterhoch ein glückliches Gedanken.

Der englische Metallarbeiterstreik dürfte in Fazit zu Streiks in Deutschland führen. Engländer haben einen Teil von Arbeiten an deutsche Firmen gewonnen. Die deutschen Arbeiter werden natürlich die Anstrengung dieser Arbeiten verminder. Der erste Fall in Berlin betrifft die Firma L. Voigt - Martinwerkse. Die dort beschäftigten Maschinen- und Fabrikarbeiter beschlossen, bei der Holzdecker-Organisation anzutreten, so die englischen Modelle, die neuerdings von der Firma zur Anwendung übernommen wurden, arbeiten sollen. Die Antwort wird wohl bestimmt ausfallen.

## Stadt-Chronik.

Dresden, 8. November.

Bei der Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt sind ganz plötzlich 2 Beamte, die schon lange Jahre bei dieser Behörde beschäftigt sind, in die Provinz verlegt worden. Der Sekretär Heide, der die Bausachen zu bearbeiten hatte, ist nach Borna verlegt worden und der bekannte Sekretär Christmann, des Herrn Amtshauptmanns rechte Hand, ist nach Rochlitz verlegt worden. Über die Gründe dieser Verlegungen lagen verschiedene Theorien vor, welche die Bausachen verweigerte. Der erste Fall in Berlin betrifft die Firma L. Voigt - Martinwerkse. Die dort beschäftigten Maschinen- und Fabrikarbeiter beschlossen, bei der Holzdecker-Organisation anzutreten, so die englischen Modelle, die neuerdings von der Firma zur Anwendung übernommen wurden, arbeiten sollen. Die Antwort wird wohl bestimmt ausfallen.

Genossen Pgöd findet die Resolution nur zu lang und nicht im jederzeit verständlich; wenn sie sich nicht gegen die ganze Fraktion richten, dann sie wohl angenommen werden.

Heldner wendet sich nochmals gegen die Resolution und nach ihrer spricht auch Schulze gegen die Resolution. Seine Ausführungen gliedern sich, daß der Standpunkt Heldners wohl in der Hauptsache richtig ist, daß aber gerade deswegen die Annahme der Resolution überflüssig ist, weil sich die Resolution keiner soliden Begründung schuldig gemacht habe.

Genossen Höppner tritt entschieden für die Resolution ein und sieht besonders darauf aufmerksam, daß man es nicht für unbedeutend hält, wenn nur ein Einzelner die Resolution ablehnt. Wenn man, wie Schulze gethan und wie Heldner es geöffnet habe, sich auf den Standpunkt gestellt, man sei in einer Linie Vertreter der deutschen Industriearbeiter und habe in deren Interesse dafür zu sorgen, daß der Industrie ihre Abgeordneten in den Kreis 30. M. aufgenommen werden. Nach Pgöd ist die Resolution nicht mehr gebraucht, da sie im Jahre 1898 für unseren Betriebsstandpunkt gegenüber dem Militarismus auf. Zur Fazit gebe der Heldner zunächst seinem Vorwärts Auftrag, daß unter Fraktion nicht selber die Sache im Reichstag angehoben habe als die amerikanische Sollerschläger droht. Dann aber hatte unbedingt die Gelegenheit benutzt werden müssen zu einem Vorwurf gegen die Gewerbezölle. Heldner habe ja gleichfalls zugestanden, daß die Fraktion durch ihr Schweigen eine Fehler begangen habe. Die Folgen der Gewerbezölle für uns lösen ja erneut aus dem Umkreis, daß wir im Jahre 1898 für unseren Betriebsstandpunkt 558 Millionen Mark mehr bezahlt haben, als der Weltmarktwert ausgemacht hätte. Die Gewerbezölle bilden die materielle Grundlage für die politische Herrschaft der Kaiser. In deren Interesse sind sie geschaffen worden. Beteiligt war die Gewerbezölle, so kann man die politische Herrschaft der Kaiser brechen. Wenn man, wie Schulze gethan und wie Heldner es geöffnet habe, sich auf den Standpunkt gestellt, man sei in einer Linie Vertreter der deutschen Industriearbeiter und habe in deren Interesse dafür zu sorgen, daß der Industrie ihre Abgeordneten in den Kreis 30. M. aufgenommen werden, so könnte man sich vielleicht auch in einer Linie mit den Vertretern der Industriearbeiter eines Wahlkreises aufstellen und dann etwa mit den Silberbergarbeitern Freibergs für die Güterverteilung eintreten.

Genossen Pgöd findet die Resolution nur zu lang und nicht im jederzeit verständlich; wenn sie sich nicht gegen die ganze Fraktion richten, dann sie wohl angenommen werden.

Heldner wendet sich nochmals gegen die Resolution und nach ihrer spricht auch Schulze gegen die Resolution. Seine Ausführungen gliedern sich, daß der Standpunkt Heldners wohl in der Hauptsache richtig ist, daß aber gerade deswegen die Annahme der Resolution überflüssig ist, weil sich die Resolution keiner soliden Begründung schuldig gemacht habe.

Genossen Höppner tritt entschieden für die Resolution ein und sieht besonders darauf aufmerksam, daß man es nicht für unbedeutend hält, wenn nur ein Einzelner die Resolution zu einer Annahme bringt. Das ist eben der erste Schritt und dem müsse man gerade unbedingt folgen. Und die alten Kampen, auf die man jetzt wohl noch verlassen könnte, werden einmal. Deshalb müsste der Genossen in Linde die Gelegenheit benutzen, zu sagen, welches Arbeit ist wichtig.

Unter dem Druck der einbringenden langjährigen Arbeitermuß mußte dann die Diskussion geschlossen werden. Die Resolution wurde darauf gegen ganz vereinzelte Stimmen angenommen.

Es wurde sodann Genossen Höppner einstimmig wieder als Vertrauensmann für den 6. Kreis gewählt und schließlich nach einer fröhlichen Ansprache des Genossen Höppner, der die Verantwortung leitete, Genossen Georg Horn wiederum einstimmig als Kandidat für den 9. Kreis bestimmt. Mit einem begeistert angemessenen Applaus wurde die Sozialdemokratie wurde die sehr lebhafte und doch sehr würdig verlaufene Versammlung geschlossen.

Den Warenprobendungen, die als „Muster ohne Wert“ aufgezeigt werden, wobei die Post neuerdings größere Aufmerksamkeit auf den gemachten Erörterungen werden möchte, ist eine entsprechende Befreiung gegen die ermäßigte Taxe Gegenstände verliehen. Die Warenprobendungen gegen die ermäßigte Taxe Gegenstände verliehen müssen als Briefe frankiert werden. Die Post bringt nun solche nicht läßige Warenprobendungen nicht mit Strafporto, sondern läßt sie von der Postbehörde überbaute aus. Das nur der Abdruck auf der Sendung nicht ausreicht, so bleiben solche Sendungen sich unbedingt bei der Post liegen. Welche Unannehmlichkeiten kommt des Abdrucks auf den Empfänger durch Nichtbeachtung des bestehenden Befreiungserlasses, darf daher keiner weiteren Erörterung. Wenn man auch die Bestimmung im inneren deutschen Bereich nicht sehr für peinlicher Strenge durchgeführt wird, so ist doch diesen Bedingungen dringend zu entsprechen. Namenslich aber im Bereich mit dem Ausland ist die peinliche Erwagung, ob die als Warenproben zu versendenden Gegenstände irgend einen Handelswert besitzen, erforderlich.

Das Geschworenengericht, das heute vormittags zu seiner zweiten Sitzung zusammengetreten ist, hat über folgende Anklagen abzuurteilen: Den 8. November vormittags 9 Uhr gegen den vorwärts-Landesbeamten Hugo Kretschmer aus Schandau wegen Unzulässigkeit und Betrug, vom 11. November gegen den Arbeiter Hermann May aus Bautzen und Promuth wegen Unzulässigkeit, Diebstahl, Unterfütterung und Betrug; den 9. November 9 Uhr gegen die Kaufleute Ernst Richter und Gustav Otto Richter aus Radebeul wegen Brandstiftung; den 10. November 9 Uhr gegen den Maschinenarbeiter Johann Gottlob Oepke aus Großröhrsdorf wegen Unzulässigkeit und Betrug; den 10. November 9 Uhr gegen den Bergarbeiter August Sellung aus Großröhrsdorf wegen Brandstiftung; den 11. November 9 Uhr gegen das hausmeisterliche Amt Anna Maria Bielefeld aus Großröhrsdorf wegen Brandstiftung; den 11. November 9 Uhr gegen die Kaufleute Ernst Richter und Gustav Otto Richter aus Radebeul wegen Brandstiftung.

Die Versammlung erklärt: Im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, im Interesse der Arbeiter aller Länder, wie im allgemeinen Kulturmiteinander halten wir die rücksichtslose Bekämpfung des Militarismus in allen seinen Lebensäußerungen und bei allen sich bietenden Gelegenheiten nach wie vor für geboten.

Wir halten fest zu dem Grundsatz: Dieses System kennt Mann und keinen Bruder!

Bon diesem Standpunkt aus spricht die Versammlung das lebhafte Bedauern darüber aus, daß auf dem Parteitag Mitglieder der Fraktion in Form der Anteilnahme vertreten waren, welche die Paraphierung der erledigten Artikel.

deren logische Konsequenz die Bewilligung aller Militärforderungen ist.

Rath der Erklärungen Schippeis auf dem Parteitag in der Behandlung der Resolution in die Verhandlungen über die amtsaufsichtliche Schule im Reichstage bewegen unterblieben, weil Schippeis sich unangebracht hielt, weil dieser Vertragschulz das deutsche Schulrecht erheblich beeinträchtigt.

Die Behandlung hält es für erforderlich, dem gegenwärtigen unzulässig zu erklären, daß sie diesen Standpunkt unter falschen Umständen vertritt. Es widerspricht unserem Programm, welche unzulässige Abholzung aller indirekten Abgaben und Zölle widerstehen. Eine bewegte Minderheit auf Seiten der Bevölkerung dienen. Die deutschen Kaufleute gegen Amerika nach jahrelang vorbereitet haben, um keinen Vorteil zu verlieren. Das Interesse der Arbeitervolksschaft einzuholen.

Die Behandlung spricht die Erwartung aus, daß sich die Fraktion in dem Kampfe gegen das Schulzollsystem nicht auf den Standpunkt Schippeis stellen wird.

Die Behandlung fordert die Parteigenossen im Parthe mit, seit zuwenden und durch unzulässige Erklärungen dazu zu einem älteren Lustspiel entgegenzutreten gewünscht sind.

Da die Haltung unserer Delegierten den Wünschen der Partei entspricht, so würde ich die Delegation und dem von ihr behandelten Gesetzende zu Genossen Edmund Fechner würde sich sehr erbost gegen die Resolution erkläre. Sie reine offene Thesen ein und sei nicht nötig: das, was man inhaltlicher Weise und habe sich nur ungefähr ausgedrückt. Schippeis sei kein Experte, Reden, Reden, Reden und habe sich nur ungefähr ausgedrückt. Dazu befreit habe und habe sich nicht richtig, das Alter ist nicht wichtig, der Vortrag ist die Sicherung eines Abstimmungsergebnisses für die deutsche Industrie das wichtigste gewesen. Amerika habe fortgesetzt die Industriejagd erachtet, um seine Industrie zu schützen und Unternehmen, wenn der Zugang auswärtiger Metallarbeiter unterbleibt, auf einen günstigen Aufgang ihres Streiks. Genauso bitten wir, allen Nachrichten bürgerlicher Blätter, welche über den Ausstand berichten, Glauben nicht beizumessen, da wir die Kollegen nach wie vor auf dem Bautenden halten werden.

Die Ortsverwaltung Stettin

des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Franz Gossow, Schlesienstraße 9.

Der Seemann" heißt ein neues Arbeiterblatt, das als Organ des Seemannsvereins unter der Redaktion und im Beilage des Vorwärts dieses Vereins. A. Störmer in Hamburg, erscheint. Wir wünschen dem neuen Mitarbeiter für die Arbeiterhoch ein glückliches Gedanken.

Der englische Metallarbeiterstreik dürfte in Fazit zu Streiks in Deutschland führen. Engländer haben einen Teil von Arbeiten an deutsche Firmen gewonnen. Die deutschen Arbeiter werden natürlich die Anstrengung dieser Arbeiten verminder. Der erste Fall in Berlin betrifft die Firma L. Voigt - Martinwerkse. Die dort beschäftigten Maschinen- und Fabrikarbeiter beschlossen, bei der Holzdecker-Organisation anzutreten, so die englischen Modelle, die neuerdings von der Firma zur Anwendung übernommen wurden, arbeiten sollen. Die Antwort wird wohl bestimmt ausfallen.

Genossen Pgöd findet die Resolution nur zu lang und nicht im jederzeit verständlich; wenn sie sich nicht gegen die ganze Fraktion richten, dann sie wohl angenommen werden.

Heldner wendet sich nochmals gegen die Resolution und nach ihrer spricht auch Schulze gegen die Resolution. Seine Ausführungen gli



# Konfektions-Stoffe H. Zeimann

in der denkbar grössten Auswahl

sind nun eingetroffen.

Webergasse 1, 1.

## Moderne Mass-Anfertigung von Herren-Bekleidung

unter Leitung erster Meister. — Chilke Facons. — Eleganter Schnitt. — Gute Arbeit.	Winter. Prächtige Stoffe.
Anzüge nach Geschäft und Büffkin in praktischen Stoffen Erzeugnisse in vielen neuen Effekten	Schärfe u. Hochzeit. Anzüge
Mass. 30 Mk.	36 Mk.
40 Mk.	50 Mk.

## L. Neustadt

Herren- und Knaben-Bekleidung  
Nr. 31 Wettiner Strasse Nr. 31  
Ecke Wettiner, Flemming und Moltkestrasse.  
Verkauf zu freien festen Preisen und nur gegen Barzahlung.

## Reichstagswähler.

Mittwoch den 10. November, abends 9 Uhr

## grosse öffentliche Volks-Versammlung

im Saale des Trianon. Schützenplatz.

Tages-Ordnung:

### Die politische Lage u. die bevorstehenden Reichstagswahlen.

Referent: Reichstagsabgeordneter Richard Fischer, Berlin.

Ausstellung eines Kandidaten. — Wahl eines Wahl-Komitees.

— Debattie. —

Der Einberufer.

## Konsum-Verein Striesen.

Sonnabend den 20. November 1897

abends 8 Uhr

## General-Versammlung

im Gasthof zum „Sächsischen Prinzen“.

Der Aufsichtsrat:  
**Heinrich Rietzsch.** Vorsitzender.



## Konsumverein Vorwärts für Dresden u. Umzug

(G. G. m. beschr. Hofstpl.)

Donnerstag den 18. November 1897, abends 8½ Uhr  
im Saale des „Trianon“ (Gambrinus-Säle)  
Eingang nur von der Ostra-Allee

## ordentliche Generalversammlung

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes über das abelaufene Geschäftsjahr.
2. Berichtigung und Genehmigung des Rechnungsabschlusses.
3. Beschlussfassung über Verteilung des Reingewinns.
4. Antrag der Verwaltung: Statuten-Änderung betreffend.
5. Vergangenheitswahlen des Aufsichtsrates.
6. Berichts-Angelegenheiten.

Gewisse Wünsche und Bedenken sind bei Punkt 1 der Tagesordnung anzubringen.

Der Gläubiger ist nur gegen Vorlegung der bei Abgabe des Buches ausgestellten Quittung erlaubt.

Der Aufsichtsrat des Konsumvereins „Vorwärts“  
für Dresden und Umgegend.

Gingetragne Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

**R. Schnabel.** Beisitzer.

Damen-  
Konfektionshaus

## S. Riesenfeld jr.

7 Wilsdrufferstrasse 7  
(Hôtel goldn. Engel).

Schöne Jacketts von 5 M. an!

Schöne Kragen von 4 M. an!

Elegante Schnitte!

Grosse Auswahl! — Billigste Preise!

Jeder Käufer erhält beim Einkauf eine  
schöne Marzipan-Torte gratis!

## Freunde und Förderer des Gesanges

solche gewisst sind, den freien Männer-Gesang zu fördern und thatfräig zu unterstützen, und willkommen im Männer-Gesangverein „Fröhlic Auf“ in Leutewitz.

Zinsstunde jeden Dienstag abend  
ab 9 Uhr im Hotel „Leutewitzer Höhe“ in Leutewitz.

Der Vorstand.  
Abtretern wird Gelegenheit geboten,  
sich am regelmäßigen

Turnen

zu beteiligen. Turnstunden Dienstags und Mittwochs abends 8—10 Uhr, Reithausstr. 11, Hinterhaus. Monatsbeitrag 40 Pf.

Bei unserer Volksversicherungs-  
Abteilung finden wir noch einige  
tägliche

## Herren

als Anzüge gegen hohe Provision  
aber auch leichten Gehalt. Obersten  
erhalten unter „S.“ an die Geschäftsräte  
eine Stellung.

## Brennspiritus

8 Liter 26 Pf.  
**K. Klingenberger**  
Freibergerplatz 17.

Wir ersuchen  
unjere Inserenten,  
**Clichés**

nach Ablauf der Inserate  
möglichst bald abholen  
zu wollen.

Die Expedition.

## L. A. C.

Nächsten Mittwoch abends  
halb 9 Uhr

## Sitzung.

Beteiligung.  
Zur Ausbeutung ein. gel. aktien  
tg. Befreiungssatzel d. Aktienver-  
n. (Gärtnerhof u. c. Genossen) 20  
ab 3000 M. gel. Ost. um. 2222  
Exped. d. Zeitung bis 13. F. 1898.

Verlag von  
August Norden, Görlitz-Dresden  
Bemittelbarkeit der Redaktion  
Ernst Lamm in Dresden  
Abonnement der Buchdruckerei  
Hermann Schönfeld, Dresden  
Hierzu 1 Beilage.

Startet und  
war ein  
zu werden  
bemerkbar  
entfernen  
und ginge  
der Zähler  
nur einen

Wiederholung  
der Zähler  
nur einen

Wiederholung<br

# Beilage der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“.

Rt. 260.

Dresden, den 9. November 1897.

8. Jahrgang.

## Das britische Reich.

Es gibt 4 große Reiche auf der Erde: Großbritannien, Russland, die Vereinigten Staaten und China. Die Gegenseitigkeiten sind von Jahr zu Jahr stärker geworden, und je länger der Weltkrieg hinausgezögert wird, je mehr es glückt, wie in dem japanisch-chinesischen und türkisch-griechischen Krieg die Stämme auf den gelegentlichen Schauspielen zu isolieren, desto klarer tritt es her vor, daß in diesem künftigen Weltkrieg sich alles um die Interessen dieser Staaten drehten wird. Die europäischen Staaten, vor allem Deutschland, welche im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung, ihrem Territorium und ihrem Kapitalbestand eine sehr große Armee haben, welche die jener Weltreiche an Stärke und Schlagfertigkeit übertrifft, werden selbstverständlich eine große und ausschlaggebende Rolle spielen in diesen Kämpfen. Aber es wird immer gehen, wie es seiner Zeit der Großmacht Schweden ging: sie können Schlachten schlagen und Kriege gewinnen, aber bei Alles wird es sich nie um ihre Interessen handeln, sie werden die Landschaften wider Willen und ohne Gold der wirtschaftlichen Gewalten d. h. nach Territorium, Expansionstüchtigkeit, Volkszahl und Kapitalbesitz Großen sein und dabei für sich selbst die schwersten Schäden davontragen.

Das gewaltige der vier großen Reiche ist unzweifelhaft das großbritannische; es ist dreimal so groß wie Europa und umfaßt den fünften Teil der festen Erdoberfläche; seine Bevölkerung ist wahrscheinlich etwas geringer wie die Chinas, steht aber trotzdem ein Viertel der gesamten Menschheit. Die Expansionstüchtigkeit seiner Volkszahl übertrifft vielleicht noch die Russlands, denn wenn auch manche Besitzungen, wie Indien, bereits an der Grenze der beginnenden Überbevölkerung angelangt sind, so ist doch in anderen, wie namentlich Australien, Ozeanien und Schottland noch die Möglichkeit einer Bevölkerungsverdichtung, wie sie Russland bei seinen ungünstigeren klimatischen Bedingungen und seiner niedrigeren Kultur nicht hat. Dazu kommt noch der ungeheure Kapitalreichtum des Reiches, der nicht nur die Anlage freien Kapitals bei sich ist ausgeschöpft, sondern sogar in allen übrigen Ländern seinen Besitz an produktiven Werten oder an Schuldverschreibungen hat.

Es ist klar, wenn die kriegerische Aktionsfähigkeit des Reiches diesen Vorsprüchen adäquat wäre nur in dem Maße, wie dies bei Russland der Fall ist, daß dann die Herrschaft über die gesamte Erde für Großbritannien sicher wäre.

Das ist nun nicht der Fall, und in Bezug darauf hat man das britische Reich nicht über als den Kolos mit thönernen Füßen bezeichnet.

Die Hauptmängel sind, daß das Reich über die ganze Erde streut ist, und daß es keinen Einheitsstaat bildet.

Der erste Mangel ist bei heutigen Verhältnissen wohl mehr scheinbar. Man gebraucht Jahre, um das römische Reich von seinen äußersten Enden zu durchqueren; bei den heutigen Kommunikationsmitteln liegen die entferntesten Punkte des britischen Reiches ungefähr einen Monat auseinander. Dank den Kommunikationsmitteln liegt es immer noch näher zusammen in seinen einzelnen Teilen, wie das kompakte russische Reich und natürlich viel näher, wie China. Denn das Meer, welches zwischen den Teilen liegt, ist ja englisch, weil England die größte Flotte hat.

Aber sehr wichtig ist der zweite Mangel.

Vor etwa einem Jahre hat der Verfasser in dieser Zeitung in einer Artikelreihe „Ein britischer Zollverein“, später in einem Artikel über den projektierten Bund der australischen Kolonien die betreffenden Fragen berichtet; es soll jetzt an der Hand des eben erschienenen Buches von Vernon-Benieu „Les nouvelles sociétés anglo-saxonnes“, das auf Seiten in den Jahren 1895 und 96 beschreibt, Rücksicht über diese Probleme berichtet werden, deren Lösung von ausschlaggebender Bedeutung für die Geschäftsführung der Zukunftsmittel ist: denn wenn nicht alles läuft, so wird der Schlachtkampf mit Russland wohl dem britischen Reich aufgehoben sein.

Der Unterschied der Rassen verursacht das Fehlen eines gemeinsamen Regierungsbüros, und durch ihn ist die verschiedenenartige Weise verursacht, in der die Besitzungen Englands ver-

waltet werden. Weiße Australiens oder Kanadas, Weißbevölkerung vom Cap und Natal, Rassen jeder Art, mehr oder weniger zivilisierte Schwarze der Antillen, völlig primitive Negre Afrikas, Papas von Neuguinea — die Engländer haben nicht die Tatkraft gehabt, anzunehmen, daß dieselbe Regierungsform für alle diese Völker passe; sie haben es auch nicht für möglich gehalten, in frisch erworbenen Ländern gleich denselben Verwaltungsaufbau einzurichten, wie in Ländern, welche sie schon lange besitzen, selbst wenn die Bedingungen von Rasse und Klima ähnlich waren. Es sind noch nicht einmal alle diese Völker Kolonien, und die Rasse „Bürgling“ ist der einzige, der auf sie alle paßt. Unter ihnen nimmt Indien die erste Stelle ein mit seinen Abhängen, das ein Reich im Reiche bildet, von einem Bizeps unter einem Spezialminister regiert, der wieder verschiedene Truppengruppen und die wichtigen militärischen Positionen von Agra und Peking unter sich hat; dann kommen die Protektorate über die Somali, die Nagerküste und Uganda, die dem Minister des Auswärtigen unterstehen; die Insel Asien, die vom Marineministerium abhängt, und namentlich die Territorien der verschiedenen Gesellschaften. Die anderen britischen Besitzungen sind „Kolonien“ oder hängen wenigstens von Kolonialministerium ab. Sie sind 42 an Zahl, die man in 4 Klassen teilen kann. Sachs (Gibraltar, St. Helena, Bourbon, Madagaskar, Britisch-Indien und Australien) haben keine beratende Versammlung, und die Legislative liegt in den von der Krone ernannten Gouverneuren; 16 haben einen geschaffenden Rat, der gänzlich von der Krone ernannt wird (Neuguinea, Ceylon, Falklandinseln, Fiji, die Philippinen, Hongkong, die Kolonien an der Westküste Afrikas, der größte Teil der Antillen und britisch Honduras); in 9 wird ein Teil der geschaffenden Versammlung gewählt, meistens auf Grund eines sehr beschränkten Wahlrechts (Wales, englisch Guiana, Mauritius, die Bahamasinseln, die Bermudasinseln, Jamaika, Barbados, die Antillen unter dem Wind); die 11 restlichen Kolonien endlich genießen vollständige Selbstverwaltung; sie haben einen parlamentarischen Organismus, der ganz dem Englands ähnelt: 2 Kammer, von denen die eine meistens auf Grund des allgemeinen Stimmrechts gewählt wird, ein verantwortliches Ministerium und einen Gouverneur, der die Königin vertreten, ohne mehr Macht zu haben wie sie. Großbritannien interveniert niemals in ihre inneren Angelegenheiten. Wenn diese Kolonien sich selbst verwalten dürfen, so kommt das von dem Übergewicht der weißen Bevölkerung in denselben; in 9 von ihnen, Kanada, Columbia und den sieben australischen Kolonien, spielt das eingeborene Element gar keine Rolle; in den beiden andern, Kap und namentlich Natal, hat es wenigstens eine große kompakte Rasse; letztere beiden sind auch spät autonom geworden, 1872 und 1883, und die Angelegenheiten der Eingeborenen in Natal sind noch immer dem Gouverneurem vorbehalten.

Wiederum am 15. September d. J. in der Wohnung des Schantwirts Büchting in Görlitz einen verschlossenen Schließfach und fühlten daraus eine Kassette, die vier Spülzubehörer über eine Gewinnsumme von 1993 R. 2 Pf. enthielt. Diese Bücher waren bei Büchting verändert und Eigentum der Gelehrten Poltmann. Die Diebe neugierig die Kassette mit Inhalt auf einem Gelde bei Büchting. Nachdem sich der Verdacht auf den Angeklagten Büchting gründet, gab dieser die That auch zu. Die Kassette ist in vollständig unbeschädigtem Zustande wieder ausgegraben worden. Das Gericht verurteilte Büchting zu 8 Monaten Gefängnis und Schäfer zu einer Monatigen Gefängnisstrafe; da die von den Angeklagten erzielten Unternehmungen ohne deren Beweisbulle verhängt waren, ist rechtmäßig jedem 1 Monat als verbaut an.

Betrug. Vor der 4. Strafkammer des hiesigen Landgerichts erschien der Richter Heinrich Theodor Reitig, um bei wegen Verhandlungsbefreiung, sowie vollendeten und verfehlten Betrugs zu verantworten. Der Angeklagte ist am 30. November 1877 hier geboren und bereitete zwei Jahre in der Besserungsanstalt Radebeul untergebracht gewesen. Seine Mutter ist nicht in Abrede, daß er im September d. J. sich drei vollendete und drei verfehlte Betrugsgesetze gegenüber mehreren Personen in Obergoitz, Radebeul, Niederschönau und Trebatsch schuldig gemacht. Hierbei soll ihm jedoch angezeigt, daß er die That ausgetragen habe. Das Gericht verurteilte Büchting zu einer Monatigen Gefängnisstrafe; da die von den Angeklagten erzielten Unternehmungen ohne deren Beweisbulle verhängt waren, ist rechtmäßig jedem 1 Monat als verbaut an.

## Gewerbegericht.

Sitzung vom 2. November 1897.

Beschwörer: Gewerbeberichter Dr. Staubing. Arbeitgeber: Zigarettenfabrik Vogel, Gürtler Fabrik. Unternehmervertreter: Zigarettenfabrik D. Bergdräger, Feuerzeugfabrik Schäfer.

6 Klagen standen zur Verhandlung, 5 endigten durch Vergleich. Zur einen Sache waren die Parteien nicht erschienen.

Wegen Fündigungloser Entlastung lagt der Hörer Kriebel gegen Gürtlermeister Walter, Ringer-Werke 34 M. als Entlastigung. Da aber festgestellt wird, daß W. dem Klager und zwar an einem Dienstag gefährdet hat und der Klager außerdem eine Gegenforderung geltend macht, kommt ein Vergleich zu stande, auf Grund dessen Kriebel 1,50 M. ausbezahlt wird. Der Klager war der irrtümlichen Meinung, daß nur Sonntagsabend gefährdet werden könnte.

Streitprozeß und kein Ende. Pirna ist wieder der Schauplatz eines solchen. Beim dortigen Topfertreit, welcher im Laufe des vergangenen Sommers sich abspielte, betrat sich der Topfer Joachim seinen treulichen Kollegen gegenüber in einer Weise, die auch den mindestens Solidaritätsgefühlen ins Gesicht schlägt. Eines Sonntags verließ nun dieser Mann mit seiner Frau im Carolabad, dem Sammelplatz der Arbeiter. Dort soll ihm nun sein Verhalten von einigen seiner Kollegen, den Topfern Schöf, Kuntz, Blaume und Kindtjen vorgeworfen worden sein. Man soll ihn dabei zum Schuß geschnellt haben; außerdem soll Schöf gesagt: „Wir werden dir das Gesetz und schleimen dich in die Erde.“ Joachim lief sofort auf die Polizei, wo natürlich seine Anzeige bewußtlich entgegengenommen wurde. Kurze Zeit darauf wurde Schöf verhaftet, alle vier bekannten einen Prozeß wegen Bedrohung und Bedrohung, der am Sonnabend verhandelt wurde, und zwar auf dem Saalmeister zu Pirna. Als Beleidigungsgegenstand war der „Beleidigte“, seine Frau, ein Arbeitssmann und noch eine Tochter geladen. Die legten drei konträre Positionen gar nicht fest, sie haben allerdings schwierig hören. Der Richter Röhm festigt beispielhaft, unter genauer Bezeichnung der vier Befragten von diesen die angeborenen Weise bestätigt werden zu sein. Außerdem habe noch ein Trupp von ca. 25 Mann herum getrieben um ihn. Der Ganggang soll sich im Garten des Carolabades abgespielt haben. Die Angeklagten vertraten ganz entgegengesetzt, in der Weise gegen Joachim aufgetreten zu sein. Der Sekretär Herr Rechtsanwalt Börner stellt die Grausamkeit des Ganggangs Joachim ins rechte Licht, der davon schon seit vor dem Gericht durch sein unschuldiges Auftreten einen Beweis geleistet habe. Ganggang glaubte nämlich zu verhindenden Maßen keine große Freiheit, was er für schmähwütig hielt den Angeklagten gegenüber ausdrückte, rütteln zu lassen. Demgegenüber wurde ferner noch vom Beleidigten, daß Ganggang ja nur zufällig sonst die Rolle des Privatplägers die des Jungen hatte. Rütteln sollte nichts! Strafe muss sein. Es erhielten Ganggang 5 Wochen. Warne 2 Wochen Gefängnis. Rütteln kam mit 20 M. Geldstrafe davon. Schöf hat 7 Wochen in Untersuchungshaft zugesessen. Das wurde ihm voll ausgetragen, so daß er entlassen werden konnte. Kindtjen ist beim Kuntz, und konnte deshalb hier nicht abgewiesen werden. Bekannt ist noch, daß man in dem Angeklagten Rütteln den jungen Kunz erkannt hätte; dieser hat das auch dem Untersuchungsrichter erklärt, er war an jenem Tage überhaupt nicht ins Carolabad gekommen. Trotzdem ging das Verfahren seinen Gang.

Schmuggler, noch heller glänzend, als der graue Stahl, was would geschehen? Sophie warf den Kopf zurück, unwillig über sich selbst, dann ging sie in den anderen Saal, ihren Auftrag auszurichten.

Hier schien es ihr noch heißer als drüben, wo sie selbst arbeitete. Es kam ihr vor, als machten die Maschinen hier mehr Lärm, als rauchten die Räder lauter, als drehten die Wellen und Scheiben sich mit größerer Hast und größerem Geräusch. Sie mußte einen Augenblick warten, bevor sie die Ankunft erhielt, die sie holen sollte. Ihr wurde eng und schwül, eine neue, unbestimmte Angst löste sie, — wäre sie erst wieder fort!

Jetzt war sie erlöst, jetzt durfte sie gehen. Sie eilte zur Thür und trat in den Raum, den sie auf dem Hintereingang durchschritten hatte. Doppelt angenommen kam ihr die frische, bewegte Luft hier entgegen. Ihr Schreien von vorhin war fast vergessen, daß große Rad lockte sie und versprach ihr Kühlung. Wieder stand sie, auf das Gitter gelehnt, und schaute der Bewegung zu. Hier war der Aufzug so stark, daß sie fühlte, wie ihr Haar davon ergriffen wurde und sich bewegte. Hier war Erfrischung für die nüden Sinne, Fröhlichkeit für die heiße Stirn, Abkühlung und Frische für den langen Tag der Arbeit, der vor ihr sich dehnte.

Sie war allein, sie durfte einen Augenblick ruhig nachdenken, ihre Gedanken faumeln, einen Augenblick nur, dann wollte sie weiter gehen. Noch immer wußte sie nicht, ob ihr Verlobter heimgekehrt sei. Vor Mittag konnte sie es nicht erfahren, bis dahin mußte sie die Uhrzeit tragen und den Schmerz, die dumpfe, nagende Gefühl der Sorge und Elferfucht in ihrer Brust. Wie gut sich's grubelte hier neben dem großen Rad! Wie fühlte es war, wie gleichmäßig die mächtigen Speichen, schwere Armen gleich, vorüberhasten! Wie wohl sie wurde im stillen Raum auf das immer gleiche, niemals wechselnde Geräusch der Maschine! Freudliche Bilder kamen ihr vor die Seele. Die Stimme des Geliebten sogar meinte sie einmal zu hören. Was sagte er? Sie konnte es nicht verstehen, er mußte weit fort sein — sie blickte sich vor, um zu hören — was war das? In furchtbarem Schrecke sah sie zurück. Unmittelbar vor ihr die schwarzen Arme des Rades, so nahe, daß sie schon ihre Verbindung zu fühlen meinte, wie sie nach ihr griffen zu tödlicher Umarmung! Der fahle Hauch, der erstickend sie angeholt hatte, emporgeworfen zu brausendem Sturmwind, der sie fassen wollte und mit sich reißen auf mächtigen Schwingen!

Sie taumelte zur Seite und blickte wieder hinüber. Wie schrecklich sie war, so zu erschrecken! Langsam und gleichmäßig bewegte sich das Rad, die helle Morgenonne schien darauf, machte das Metall erglänzen und zeichnete das immer bewegte, immer wechselnde Bild auf die Fliesen des Bodens. Dort war das

(Fortsetzung folgt.)

## Feuilleton.

### An der Maschine.

Von M. Kohlrausch.

Fortsetzung.

In dem hohen, langgestreckten Fabrikshaale, der die Plätze und Frauen enthielt, war das gewohnte, gleichmäßige Geräusch der Arbeit. An beiden Langseiten des Raumes stand das Licht durch hohe und große Fenster, beleuchtete die leichten Gestalten, die weißgetünchten Wände, die schmalen, zumben, graubemalten Eisenäulen, die, in zwei Reihen aufgestellt, die Decke trugen. An der Seite, wo die Sonne stand, hante man kleine, hellende Vorhänge vor den Fenstern herabgelassen; dort war auch Schößens Arbeitsplatz.

Was für an diesem Morgen that, war ihr kaum bewußt. Wehmähnlich bewegte sie die Hände zu gewohnter Thätigkeit, ihre Gedanken wanderten hin und wieder, ohne klare Gestalt anzunehmen. Eine sichtbare Müdigkeit lag auf ihr und lädt sie ein, ein Druck auf Stirn und Brust, eine bleierne Schwere in allen Gliedern. Zuweilen fühlte sie, wie der Kopf ihr niederkam, und die Augen sich schlossen, dann fuhr sie empor und blieb noch oben im Sessel. Gerade vor ihr war eins der Fenster, auf denen die Morgenonne lag. Auf dem Vorhang zeichneten sich in schwarzen, ein wenig verzerrten Linien die Eisenprofile des Fensters ab; ein mildes, weiches Licht herrschte im Innern, ein sanfter Strahl drang herein und zeigte die bläulichen Glühenden Staubteilchen, die sich langsam bewegten. Von oben kam ein rauschendes, gleichmäßiges Tönen. Eine Welle aus mottglänzendem Stahl lief über den Fenstern an der Wand entlang, die und die trug sie Scheiben auf die breiten Treibriemen, die sich mit schwachem Geräusch aneinander her schoben. Ihr die Bewegung dort oben gab es keinen Wechsel, kein Abnehmen, keine Beschränkung.

Das Mädchen fuhr zusammen. Während sie hinauf gestarrt und das Spiel der Scheiben und Räder verfolgt hatte, war einer der Aufseher neben sie getreten. Sie meinte, geschockt zu werden wegen ihrer Triumfarei; doch hatte er wohl nichts bemerkt und gab ihr nur einen Auftrag, den sie in einem der oberen Säle auszuführen hatte. Sie nickte mit dem Kopfe und ging.

Um zu jenem Saale zu gelangen, mußte sie ein kleines Zimmer durchschreiten, in dem nicht gearbeitet wurde, und das nur einen einzigen Bewohner hatte. Einen Bewohner ohne Leben

